



## Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien  
der SPD-Bundestagsfraktion

---

Siegmund Ehrmann, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

### Platz der Republik 1

11011 Berlin

Jakob-Kaiser-Haus

Raum 1351

Telefon 030 227 – 77 654

Fax 030 227 – 76 654

E-Mail: siegmund.ehrmann@bundestag.de

### Wahlkreis

Hopfenstraße 4

47441 Moers

Telefon 02841 9980599

Fax 02841 9980588

E-Mail: siegmund.ehrmann@wk.bundestag.de

### Wahlkreis

Südwall 38

47798 Krefeld

Telefon 02151 319650

Fax 02151 8207611

E-Mail: siegmund.ehrmann@wk2.bundestag.de

Berlin, 27. März 2012

---

## Bericht aus Berlin 7/2012

### I. Zur Lage

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

bei den **Landtagswahlen im Saarland** ist wieder eine schwarz-gelbe Koalition gescheitert. Merkels Macht erodiert von Wahl zu Wahl weiter. Dieses Mal schließt das Scheitern auch die Grünen ein, die den Fehler eines „Jamaika-Bündnisses“ wohl so schnell nicht wieder begehen werden. Die SPD hat mit Heiko Maas an der Spitze 6 Prozentpunkte hinzugewonnen und wird zum neunten Mal in Folge in eine Landesregierung einziehen. Leider ist es uns nicht gelungen, stärkste Partei zu werden, was der zu niedrigen Wahlbeteiligung geschuldet ist. Aber die SPD geht jetzt klar gestärkt in Koalitionsverhandlungen mit der CDU. Gewinner sind zweifellos auch die Piraten, die mit vier Abgeordneten in den Landtag einziehen. Verlierer des letzten Sonntags ist neben der FDP, die in der Versenkung verschwindet, und den Grünen, die nur mit Ach und Krach über die Fünf-Prozent-Hürde kommen, vor allem auch die Linkspartei, der insbesondere viele Arbeiter und Arbeitslose den Rücken kehren. Die SPD ist bei den Arbeitern und Gewerkschaftern an der Saar ganz klar erste Wahl. Sie suchen keinen, der soziale Gerechtigkeit bloß mit dem Lautsprecherwagen proklamiert, sie wollen eine politische Kraft, die Gerechtigkeit mit Augenmaß, Vernunft und Gestaltungswillen durchsetzen kann.

Eindrucksvoll gewonnen hat die SPD die **Oberbürgermeisterwahlen in Frankfurt am Main und in Mainz** - zwei Städte im wirtschaftlich zentralen Rhein-Main-Gebiet, die



## Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

zusammengenommen noch einmal für fast eine Million Menschen stehen. Der neue Frankfurter Oberbürgermeister heißt Peter Feldmann. Er bekam in der Stichwahl mehr als 57 Prozent der Stimmen. Damit endet die Ära von Petra Roth mit einer krachenden Niederlage und mit einem beschämenden Resultat für den hessischen CDU-Innenminister Boris Rhein. Er kann, um hier einmal die Frankfurter Allgemeine Zeitung zu zitieren, „landespolitische Ambitionen an der Biegung des Mains begraben“. Von der Wahl in der hessischen Metropole geht ein Signal aus: Erstens kann die schwarz-grüne Mehrheit im Römer ihre eigenen Anhänger nicht mobilisieren. Grüne wählen auch gegen die Empfehlung ihrer Parteioberen statt weichgespülten Konservativen lieber eine klar profilierte SPD.

Deutschland erlebt mit Landtagswahlen in Schleswig-Holstein am 6. Mai und in Nordrhein-Westfalen am 13. Mai eine folgenreiche **Auseinandersetzung über die politische Richtung unseres Landes**. Die Schwarz-Gelb heißt Blockade zentraler Zukunftsentscheidungen: In der Bildung - keine Aufhebung des Kooperationsverbotes. Bei der frühkindlichen Förderung - Gefährdung des Kita-Ausbaus und des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz für unter Dreijährige. Stattdessen 2 Milliarden Euro für ein so genanntes Betreuungsgeld, das Kinder von Bildung und Frauen vom Beruf fernhält. Bei der Energiepolitik - lähmende Handlungsunfähigkeit bei der Steuerung der Energiewende, fehlende Netzinvestitionen, Chaos und Unsicherheit bei der Förderung Erneuerbarer Energien. Bei Arbeit und Einkommen - Blockade eines gesetzlichen Mindestlohns und des Prinzips 'Gleicher Lohn für gleiche Arbeit'.

Wir haben es oft gesagt und es tritt immer deutlicher vor Augen: Schwarz-Gelb ist ein Zukunftsrisiko für Deutschland. Getragen von einer Konjunkturlage, für die die amtierende Regierung nichts getan hat, verschleppt die Koalition dringend erforderliche Weichenstellungen, damit Deutschlands Stärke Bestand hat.

Zu den Feldern des größten Versagens von Union und FDP gehört die Steuerpolitik. Das ist eine trübe Mischung aus Täuschung, Unehrllichkeit, Flickschusterei und sozialer Schieflage. In dieser Woche entscheidet der Deutsche Bundestag in abschließender Lesung über **neue Steuersenkungen auf Pump**, die die Regierung dann im Mai durch den Bundesrat bringen will. Sie nutzen kleinen und mittleren Einkommen wenig. Sie geben Spitzenverdienern mehr, die es nicht brauchen. Wenn sie überhaupt Wirkung haben, so vergrößern sie die soziale Spaltung noch. Vor allem aber kosten sie 6 Milliarden Euro. Diese Zeche will Merkel zu einem erheblichen Teil an Länder und Kommunen weiter reichen. Der Hilferuf der Städte und Gemeinden bleibt ungehört. Sie müssten nicht nur jährlich weitere 600 Millionen Euro abgeben, sie würden über die kommunalen Finanzausgleiche auch zu 20 Prozent an den Ausfällen der Länder beteiligt. Die Kommunen in Nordrhein-Westfalen müssten diese neuen Lasten zu knapp einem Viertel schultern. Es ist einfach Heuchelei, wenn CDU und FDP behaupten, sie wollten die Neuverschuldung senken. Schuldenfinanzierte Steuergeschenke und Konsolidierung des Haushalts gehen nicht zusammen. Schwarz-Gelb setzt seine städtefeindliche Politik fort, die nur ein Ende findet, wenn die SPD in Bund und Ländern geschlossen handelt und stärker wird.

Die Neuwahl in Nordrhein-Westfalen im Mai ist insofern eine Zukunftswahl. Die Schadensbilanz von Schwarz-Gelb in NRW und im Bund steht uns allen vor Augen: Ausbluten der Kommunen, Klientelpolitik auf Kosten des Landes, Schulchaos und Bildungsprivilegien, ein Versagen in der



## Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Energiepolitik, das die Industriearbeitsplätze an Rhein und Ruhr gefährdet. Seit Hannelore Kraft vor zwei Jahren Ministerpräsidentin geworden ist, hat eine rot-grüne Politikwende begonnen, die den Menschen Zuversicht gibt:

- Der „Stärkungspakt Stadtfinanzen“ hilft den verschuldeten Kommunen,
- Studiengebühren sind abgeschafft,
- das letzte Kita-Jahr ist beitragsfrei,
- der Ausbau der Kita-Plätze hat jetzt Vorrang,
- Industriepolitik ist kein Schimpfwort mehr.

In den nächsten Wochen geht es um klare Verhältnisse und stabile Mehrheiten. Diese Richtungsentscheidung in einem Land von 18 Millionen Bürgerinnen und Bürgern stärkt ein gutes Stück das Verlangen nach einem deutlichen Politikwechsel für Deutschland.

In dieser Woche beginnen nun auch die **Verhandlungen zwischen Regierungskoalition und Opposition über den Fiskalpakt**. Übertriebenen Zeitdruck gibt es nicht. Wir sollten zwar so rasch wie möglich entscheiden, aber auch so ruhig und seriös wie nötig beraten.

Verfassungsrechtliche Fragen zur Eingriffstiefe des Fiskalpaktes in Bund und Ländern bleiben. Die Bundesregierung ist gut beraten, aktiv an der Aufklärung dieser Fragen mitzuwirken. Das kann noch deutlich besser werden. Die Regierung braucht die 2/3-Mehrheit in Bundestag und Bundesrat und sollte entsprechend um Vertrauen werben.

Im Grundsatz sagen wir: Tragfähige staatliche Haushalte sind nur zu erreichen, wenn die europäische Wirtschaft nicht, wie augenblicklich zu befürchten, in eine scharfe Rezession geht. Eine ökonomische Binsenweisheit ist es, dass keine wirtschaftliche Erholung möglich ist, wenn 27 EU-Staaten gleichzeitig und fantasielos Ausgaben kürzen. Wir brauchen also Ideen und Impulse für neues Wachstum in Europa. Nur so kann das Ziel des Fiskalpaktes erreicht werden, die Neuverschuldung der Staaten zurückzuführen. Wir wollen eine Weichenstellung Richtung Realwirtschaft und eine Erneuerung der europäischen Industrie. Dafür brauchen wir Strukturreformen und Investitionen. Umfassende Investitionen aber brauchen eine Einnahmequelle, damit die Staaten nicht in die nächste Verschuldungsspirale eintreten. Diese Einnahmequelle ist die Finanztransaktionssteuer. Sie ist gerecht, weil sie die Finanzmärkte angemessen an den Kosten einer Krise beteiligt, die von den Finanzmärkten ganz wesentlich ausgegangen ist. Sie ist vorsorgend, weil sie auf spekulative Finanzgeschäfte dämpfend wirkt. Sie ist wirtschaftlich geboten, weil sie eine neue Balance zwischen Finanzdienstleistungen und Realwirtschaft unterstützt und Investitionen in innovative Wertschöpfung mobilisiert. Ich bin der Meinung, wir brauchen weniger Wertabschöpfung und mehr Respekt für den mühsamen Prozess der Wertschöpfung. Dieser Anspruch ist nicht eingelöst mit einer Stempelsteuer, die nur auf ordentliche Aktiengeschäfte an den Börsen erhoben wird. Das ist nicht nur zu wenig. Es hat vor allem auch einen widersinnigen Fehlanreiz. Kleinanleger, die ganz überwiegend an der Börse handeln, werden gegenüber spekulativen Transaktionen im außerbörslichen Handel schlechter gestellt. So schädigen wir nicht nur den deutschen Börsenhandel gegenüber internationalen Hedgefonds. Wir verleiten noch dazu, dass mehr Transaktionen in den kaum



Siegmond Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages

regulierten Schattenbereich abwandern. Eine Besteuerung der Finanzmärkte muss auch den Derivatebereich und den automatisierten Hochfrequenzhandel erfassen. Dazu hat die Europäische Kommission einen guten Vorschlag gemacht.

Mit freundlichen Grüßen



**Siegmund Ehrmann**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

## **II. Zur Woche**

### **Infrastrukturkonsens schaffen**

Ein moderner Industrie- und Dienstleistungsstandort braucht eine leistungsfähige Infrastruktur. Nur so können wirtschaftlicher Erfolg und eine hohe Lebensqualität gesichert werden. Planungsverfahren für Infrastrukturmaßnahmen können durch frühzeitige Bürgerbeteiligung verkürzt werden. Dadurch werden Konflikte minimiert und Klagen verhindert. Zugleich kommt es zu wirtschaftlicheren Lösungen, weil Alternativen frühzeitig diskutiert und kostspielige Fehlplanungen vermieden werden. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, gesetzliche Rahmenbedingungen für mehr Bürgerbeteiligung zu schaffen. Dies betrifft die Planungsbeschleunigung, Netz- und Bedarfsplanung sowie das Fachplanungsrecht. Bundesweite Volksentscheide zu Grundsatzfragen der Infrastrukturpolitik sind zu ermöglichen. Vor allem für die Bedarfsplanung von Verkehrswegen und den Netzausbau der Energieleitungen ist dies relevant.

### **Betreuungsgeld verhindern**

Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP sieht die Einführung eines Betreuungsgeldes vor. Es soll an Eltern ausgezahlt werden, die kein Betreuungsangebot für ihre Kinder in Anspruch nehmen. Diese Leistung soll jährlich 2 Milliarden Euro kosten. Sie ist sozial-, integrations- und gleichstellungspolitisch verfehlt und verfassungsrechtlich problematisch. Denn sie schafft einen finanziellen Anreiz, die Bildungsbeteiligung von Kindern und die Erwerbstätigkeit von Eltern zu verringern. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung daher auf, auf die Einführung des Betreuungsgeldes zu verzichten. Stattdessen muss das bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Angebot an Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren ausgebaut werden.

### **Rechtsschutz bei Bundestagswahlen verbessern**

Gegen Entscheidungen der Wahlbehörden kann bisher bei den Wahlorganen der nächsten Stufe Beschwerde eingelegt werden. Bei Entscheidungen des Bundeswahlausschusses über die Parteieigenschaft ist das nicht möglich. Unser



## Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

gemeinsamer **Gesetzentwurf** mit den Fraktionen der CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen sieht vor, den Rechtsschutz im Bundestagswahlrecht zu verbessern. Vor der Wahl können Entscheidungen des Bundeswahlausschusses über die Parteieigenschaft vor dem Bundesverfassungsgericht angefochten werden. Nach der Wahl entscheiden Bundestag und Bundesverfassungsgericht über Rechtsverletzungen. Der Bundeswahlausschuss wird um zwei Richter des Bundesverwaltungsgerichts ergänzt. Die Landeswahlausschüsse erhalten zwei zusätzliche Richter des Oberverwaltungsgerichts. Jeder Wahlberechtigte kann allein Beschwerde führen.

Vereinigungen, die vom Bundeswahlausschuss nicht als Partei anerkannt werden, können bisher erst im Wahlprüfungsverfahren nach der Bundestagswahl Einspruch beim Bundestag einlegen. Unser gemeinsamer **Gesetzentwurf** mit den Fraktionen der CDU/CSU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen sieht vor, dass diese Vereinigungen bereits vor der Wahl vor dem Bundesverfassungsgericht Beschwerde einlegen können, um ihren Status als wahlvorschlagsberechtigte Partei zu klären.

### **Pressefreiheit stärken**

Journalistinnen und Journalisten und ihre Informanten müssen vertraulich miteinander kommunizieren können. Nach der Veröffentlichung von Informationen, die ihnen unbefugt zugeleitet wurden, kann jedoch gegen Medienangehörige ermittelt werden. Dabei geht es meist um die Identifizierung der Informanten. Damit wird das Redaktionsgeheimnis ausgehebelt und die kritische Recherchearbeit und Berichterstattung eingeschränkt. Unser Gesetzentwurf sieht daher vor, dass Medienangehörige bei Prozessen besser gestellt werden. Eine Beschlagnahmung für die Entgegennahme, Recherche, Auswertung oder Veröffentlichung von Informationen ist nicht zulässig. Jede Beschlagnahmung bedarf der richterlichen Anordnung. Zudem sollen Medienangehörige absoluten Schutz genießen, soweit das Zeugnisverweigerungsrecht reicht.

### **Medienvielfalt fördern**

Eine vielfältige Medienlandschaft ist ein wichtiger Grundpfeiler der Demokratie. Doch seit Aussetzung der Pressestatistik 1996 ist der Medienmarkt nicht mehr



## Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

transparent. Der Medien- und Kommunikationsbericht der Bundesregierung hat das Informationsdefizit bestätigt. Unter der rot-grünen Bundesregierung wurde die Einrichtung einer Mediendatenbank beschlossen. Sie sollte über Angebots- und Anbieterstrukturen informieren. In unserem gemeinsamen Antrag mit Bündnis 90/Die Grünen fordern wir die Bundesregierung dazu auf, die für die Mediendatenbank erstellten Gutachten zu veröffentlichen. Die Datenbank muss öffentlich zugänglich gemacht werden. Änderungen des Pressefusionsrechts sollen damit auf eine belastbare Datengrundlage gestellt werden.

### **Hochschulpakt Plus auflegen**

Durch die demografische Entwicklung, die Aussetzung der Wehrpflicht sowie die steigende Studierneigung ist die Nachfrage nach Studienplätzen stark gestiegen. Der Hochschulpakt hat einen Teil der dadurch entstandenen Knappheit abfangen können. Um den Herausforderungen der Zukunft gerecht zu werden, muss er aber ausgebaut werden. Daher fordert unser Antrag die Bundesregierung dazu auf, mit den Ländern unverzüglich über einen „Hochschulpakt Plus“ zu verhandeln. Dieser muss das Angebot an Studienplätzen vergrößern, besonders im Bereich des Masterstudiums. Die Studienplatzbedarfsberechnung muss zudem verbessert werden, um kurzfristigen Entwicklungen Rechnung zu tragen. Außerdem soll über ein Bonussystem bei den Hochschulen ein Anreiz zur Reduzierung der Abbrecherquote geschaffen werden.

### **Bei Basel III nationale Besonderheiten berücksichtigen**

Das Bankensystem wird durch die europäischen Gesetzesvorschläge zur Umsetzung von Basel III (Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht zur Reform der Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen für Kreditinstitute) krisenfester. Allerdings beachten die Regelungen nicht das Geschäftsmodell von Sparkassen und Kreditgenossenschaften. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass die neuen Eigenkapital- und Liquiditätsregelungen je nach Geschäftsmodell und Größe der Kreditinstitute angewandt werden. Bei den Kapitalabzügen für Finanzbeteiligungen und der risikounabhängigen Verschuldungsobergrenze sollen die Sparkassen und Genossenschaftsbanken



## Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

sowie die margenarmen Hypotheken- und Kommunalkreditgeschäfte berücksichtigt werden. Die Risikogewichte von Mittelstandskrediten müssen ihrem tatsächlichen Gewicht entsprechen. Zudem ist auf eine angemessene Arbeitsteilung zwischen europäischer und nationaler Bankenaufsicht hinzuwirken.

### **Gesundheitsforschung am Patientenbedarf ausrichten**

Das Rahmenprogramm Gesundheitsforschung der Bundesregierung nutzt der Pharmaindustrie. Nicht der Bedarf von Patientinnen und Patienten steht im Vordergrund, sondern die wirtschaftliche Verwertung von Forschungserkenntnissen. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, das Rahmenprogramm auf den Bedarf der Betroffenen auszurichten. Ein Aktionsplan für Präventions- und Ernährungsforschung soll vorgelegt werden. Die soziale Ungleichheit und die Ökonomisierung der Gesundheitsversorgung müssen eingedämmt werden. Zudem soll die Autonomie der Patientinnen und Patienten gestärkt werden. Ein Masterplan Gesundheitsökonomie sowie ein Reformplan für wissenschaftliche Innovationen sind vonnöten. Auch das Patentrecht ist zu überprüfen. Schließlich müssen die klinische Forschung und der wissenschaftliche Nachwuchs gestärkt werden.

### **Kreuzfahrtschiffe sicherer machen**

Der Kreuzfahrtmarkt gehört zu den am stärksten wachsenden Segmenten der Tourismuswirtschaft. Der hohe Wettbewerbsdruck darf jedoch nicht zu Lasten der Sicherheit gehen. Die Havarie zweier Kreuzfahrtschiffe hat bestehende Risiken verdeutlicht. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, ein umfassendes System von Sicherheitsabläufen zu schaffen. Schiffsführung und Besatzung von Kreuzfahrtschiffen müssen sorgfältig ausgewählt und regelmäßig überprüft und weitergebildet werden. Die Arbeitsbedingungen von Seeleuten sind zu verbessern. Reisende sollen über Sicherheitsaspekte umfassend informiert werden. Technische Anlagen haben modernsten nationalen und internationalen Sicherheitsvorschriften zu entsprechen.





**Siegmond Ehrmann**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

### **Gebrauchte Energiesparlampen zurück nehmen**

Die Zahl der gebrauchten Energiesparlampen steigt. Obwohl sie auf Wertstoffhöfen entsorgt werden müssten, landen die meisten im Hausmüll. Dies wirkt sich negativ auf Umweltschutz und Gesundheit aus. Das freiwillige Rücknahmesystem „Lightcycle“ ist gescheitert, da sich nur wenige Händler daran beteiligen. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung dazu auf, den Handel gesetzlich zur Rücknahme von gebrauchten Energiesparlampen zu verpflichten. Nur so wird eine umweltschonende, ungefährliche und verbraucherfreundliche Entsorgung gewährleistet. Die Umwelt- und Gesundheitsgefährdung durch zerbrochene Energiesparlampen soll untersucht werden.

### **Nationales Reformprogramm sozialer ausrichten**

Die EU-Strategie „Europa 2020“ soll „intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ generieren. Das Nationale Reformprogramm für die Umsetzung der Strategie enthält jedoch keine Maßnahmen, die Beschäftigung, soziale Sicherung und Wirtschaftswachstum bei niedriger Konjunktur sichern. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, Nationale Reformprogramme an den sozialen Zielen der Strategie „Europa 2020“ zu orientieren. Das Nationale Reformprogramm 2012 soll vor allem Armut, soziale Ausgrenzung sowie Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen. Bundestag, Länder, Kommunen und Verbände sind dabei einzubeziehen. Ein gesetzlicher Mindestlohn muss geschaffen und Leiharbeit eingedämmt werden. Bei der europäischen Gesetzgebung muss die soziale Querschnittsklausel beachtet werden.

### **Entsenderichtlinie sozialer gestalten**

Die Entsenderichtlinie regelt den grenzüberschreitenden Einsatz von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der EU. Der Europäische Gerichtshof hat entschieden, dass die EU-Mitgliedstaaten über das Schutzniveau der Richtlinie nicht hinausgehen dürfen. Zudem stellt der Gerichtshof die Grundfreiheiten des Binnenmarkts über soziale Grundrechte. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, sich für eine soziale Revision der Entsenderichtlinie einzusetzen. Sowohl unfairer Wettbewerb bei Lohn und Arbeitsbedingungen als



## Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

auch Lohndumping müssen verhindert werden. Der Arbeitnehmerschutz ist zu stärken. Entsendungen sind zeitlich zu begrenzen. EU-Mitgliedsstaaten sollen öffentliche Aufträge mit lokal üblicher Bezahlung und Arbeitsbedingungen vergeben können. Nationale Tarifverträge sollen weiterhin gelten. Zudem muss das Arbeitnehmer-Entsendegesetz auf alle Branchen ausgeweitet werden.

### **Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik weiterentwickeln**

Die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der Europäischen Union stagniert. Weder ist die Europäische Sicherheitsstrategie bisher umgesetzt, noch gibt es eine gemeinsame strategische Positionierung. In unserem Antrag fordern wir die Bundesregierung auf, gemeinsam mit Frankreich und Polen eine Vorreitergruppe zu gründen. Durch „Pooling“, „Sharing“ (die gemeinsame Nutzung von Kapazitäten) und die Spezialisierung militärischer Fähigkeiten sollen Synergien geschaffen werden. Ein strategisches Leitprogramm muss den Umfang und das Zusammenwirken der zivilen und militärischen Kräfte regeln. Verstärkte Koordinierung und eine gemeinsame Verteidigungsplanung sind einzuführen. In bestimmten Fähigkeitsbereichen ist auf gemeinsame europäische Streitkräfte hinzuwirken. Schließlich soll eine europäische Rüstungsexportpolitik auf den Weg gebracht werden.

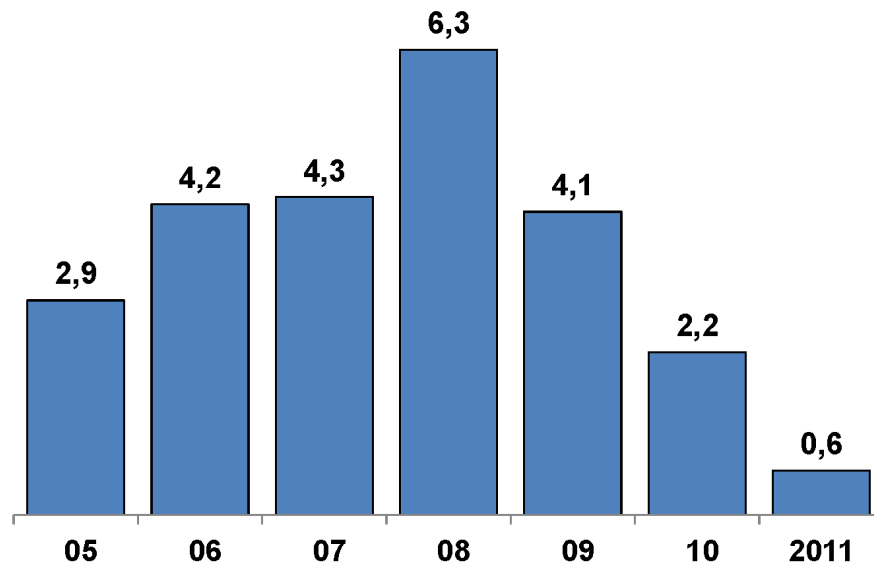


Siegmond Ehrmann  
Mitglied des Deutschen Bundestages

### III. Grafik

## Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb

### Europas Krise drückt Bundesbankgewinne in Milliarden Euro



Quelle: Deutsche Bundesbank

Der Gewinn der Bundesbank ist im Jahr 2011 eingebrochen. Wie aus der Bilanz der deutschen Notenbank hervorgeht, beträgt er nur noch 643 Millionen Euro. Grund für den Gewinneinbruch ist die Schuldenkrise der Euro-Staaten. Die Bundesbank wappnet sich mit Rückstellungen in Milliardenhöhe vor möglichen Zahlungsausfällen. Die Rückstellung wurde von 3,6 Milliarden Euro im Jahr 2010 auf 7,7 Milliarden Euro im Jahr 2011 mehr als verdoppelt. Das bleibt nicht ohne Folgen für den Bundesfinanzminister, dem die Bundesbankgewinne zustehen. Statt der ehemals geplanten 2,5 Milliarden Euro werden seinem Haushalt nun nur 0,6 Milliarden Euro zufließen.